

# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## Zum Denken und Fühlen ..

Auch ganz ohne die notwendige Debatte über das Für und Wider der Migrationspolitik der deutschen Bundesregierung war es nie so wichtig, dass liberale Bürger aufmerksam und kritisch die Politik zu verfolgen. Vom Zugriff auf das Bargeld (keine Sorge, das wird auch auf europäischer Ebene geschehen) über die EZB-Politik bis zum Verteilen von Milliarden europäischer Steuergelder zu diversen Zwecken. Die politische Kontrolle dieser komplexen Gemengelage scheint anspruchsvoll bis unmöglich. Hier eine Meldung des DIHK in Brüssel, die mich erstaunt und die ich noch nicht in der Presse gefunden habe:

### IWF lockert Regeln für Kreditvergabe

Künftig will der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Regeln für die Vergabe von Rettungskrediten an weniger strenge Regeln knüpfen. Das kündigte der IWF am vergangenen Wochenende an. Bislang soll die Kreditgewährung an hoch verschuldete Länder wie Griechenland nicht mehr nur unter der Voraussetzung gewährt werden, dass eine Restrukturierung der Schulden stattgefunden hat. Wenn das Land während des Programms auch Gelder von anderen Gläubigern erhält, sollen Laufzeiten von IWF-Krediten künftig verlängert werden können. Der IWF verspricht sich von einer größeren Flexibilität eine erfolgreichere Krisenbekämpfung.

## Europäisches Parlament

### Entschließung des Parlaments zur Reform des Wahlrechts

Das Europäische Parlament hat bereits am 11.11.2015 eine Entschließung zur Reform des Wahlrechts der Europäischen Union angenommen; darin enthalten ist auch der Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Änderung des sog. Direktwahlaktes aus dem Jahr 1976. Darin soll das Wahlverfahren im Hinblick auf die Wahl des Europäischen Parlaments im Jahr 2019 reformiert werden.

Im Beschlussvorschlag an den Rat sieht das Parlament u.a. eine 12-Wochen-Frist für die Aufstellung der Kandidatenlisten vor, Sperrklauseln zwischen 3 % und 5 % für EU-Mitgliedstaaten mit mehr als 26 Sitzen und verlangt, dass Kandidatenlisten für die Gleichstellung von Männern und Frauen sorgen.

Einige nationale Parlamente haben Subsidiaritätsbedenken geltend gemacht. Das schwedische Parlament rügt neben der formalen Missachtung der Anforderungen an das Subsidiaritätssystem u.a. die Anforderungen an die Aufstellung der Kandidatenlisten. Auch im britischen Unterhaus und dem irischen Parlament sind Bedenken bereits in den zuständigen Ausschüssen geltend gemacht worden, wonach der Vorschlag eine erhebliche Erweiterung der Rolle der EU bei der Organisation europäischer Wahlen darstelle und folglich als Eingriff in nationale Kompetenz gesehen werde.



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20151109IPR01698/Parlament-fordert-EU-Wahlrechtsreform-Spitzenkandidaten-und-Sperrklauseln>

## Europäischer Rat

### Programm der niederländischen Präsidentschaft vorgestellt

Zum 01.01.2016 haben die NDJ die halbjährlich wechselnde Ratspräsidentschaft von LUX als erstes Land der Triopräsidentschaft (NDJ, SLK, MTA) übernommen. Das Ratsarbeitsprogramm, das in der Plenartagung des EP am 20.01.2016 in Straßburg vom niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte vorgestellt wurde, ist in zwei Teile gegliedert.

Im ersten Teil werden die vier Prioritäten der Präsidentschaft benannt. Diese sind: Ein integriertes Vorgehen in Fragen von Migration und internationaler Sicherheit; Europa als Motor für Innovation und Beschäftigung; Solide und zukunftsfähige europäische Finanzen und eine robuste Eurozone sowie eine vorausschauende Klima- und Energiepolitik.

Der NDJ-Ministerpräsident konstatierte bei seiner Vorstellung des Programms, dass man in Europa zu greifbaren Ergebnissen kommen (müsse), und diese auch sichtbar machen, um die wachsende Skepsis gegenüber der EU einzudämmen. Er führte weiterhin aus, dass Zusagen einzuhalten und Vereinbarungen zu achten sollte wieder Normalität sein in Europa. Ein Deal ist ein Deal.

Zum Thema Migration und Flüchtlinge meinte er: "Die aktuellen Flüchtlingszahlen

sind auf Dauer nicht zu bewältigen. Uns läuft die Zeit davon. Wir brauchen eine starke Reduzierung in den nächsten sechs bis acht Wochen". Wichtig sei bei der Lösung eine effektive Kombination europäischer und nationaler Maßnahmen. Die NDJ sehen während ihrer Präsidentschaft folgende drei Leitziele im Fokus stehen: Eine Union, die sich auf das Wesentliche konzentriert; eine Union, die innovatives Wachstum generiert und Arbeitsplätze schafft und eine Union, die Verbindungen mit gesellschaftlichen Akteuren eingeht.

<http://deutsch.eu2016.nl/>

### Beratungen über Europäischen Grenz- und Küstenschutz sowie nationale Grenzkontrollen

Beim ersten informellen JI-Rat unter NDJ-Vorsitz am 25./26.01.2016 berieten die Innenminister über einen Europäischen Grenz- und Küstenschutz. Die Kommission hatte am 15.12.2015 ein Paket zum Grenzmanagement vorgelegt. Betont wurde erneut die Bedeutung funktionierender Außengrenzen für den Erhalt des Schengen-Raumes. Diskutiert wurde insbesondere das vorgeschlagene Prinzip der geteilten Zuständigkeit von Mitgliedstaaten (MS) und Grenzschutzagentur, das bei konsequenter Anwendung dazu führen kann, dass einem MS verbindliche Vorgaben zur Vornahme von Grenzsicherungsmaßnahmen gemacht werden oder gar europäische Grenzschutzteams ohne Zustimmung des MS auf dessen Territorium tätig werden können. Die EU-Innenminister erhöhten darüber hinaus den Druck auf GRI und forderten eine bessere Sicherung der Außengrenzen.



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

Vereinzelt wurde angedroht, GRI müsse aus dem Schengen-Raum ausgeschlossen werden, sollte es seine Pflichten nicht erfüllen. Vor diesem Hintergrund wurde auch über die Verlängerung nationaler Grenzkontrollen gesprochen. etwa zwischen DEU und AUT. Auf der Grundlage der bislang angewandten Vorschriften müssten die Kontrollen spätestens im Mai 2016 eingestellt werden.

<http://english.eu2016.nl/documents/publications/2016/01/22/european-border---paper-informal-meeting-ministers-of-justice-and-home-affairs>

## Europäische Kommission

### EU investiert 217 Mio. EUR in die Energieinfrastruktur

Am 19.01.2016 haben die Mitgliedstaaten einem Vorschlag der Kommission zugestimmt, 217 Mio. EUR in wichtige Vorhaben im Bereich der transeuropäischen Energieinfrastruktur zu investieren. Im Anschluss an eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF), eines Infrastruktur-Finanzierungsprogramms der EU, wurden insgesamt 15 Projekte ausgewählt. Sie dienen der Verbesserung der Energieversorgungssicherheit und sollen dabei helfen, die Isolation einiger Mitgliedstaaten im Energiebereich durch ihre Einbindung in die EU-weiten Energienetze zu beenden. Zudem unterstützen sie die Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes und die Integration erneuerbarer Energien in

das Stromnetz. Für den Ausbau der Strominfrastruktur soll finanzielle Unterstützung aus der Fazilität „Connecting Europe“ bereitgestellt werden.

Dazu gehören Umweltstudien und technische Entwurfsstudien für die Verbindungsleitung DEU - DNK, die Stromlieferungen aus den nordeuropäischen Ländern nach Mitteleuropa erleichtern wird. Von den 15 zur Finanzierung ausgewählten Vorschlägen betreffen 9 den Gassektor (207 Mio. EUR an Fördermitteln) und 6 den Stromsektor (10 Mio. EUR).

<https://ec.europa.eu/energy/en/news/energy-eu-invests-217-million-euros-energyinfrastructure>

### Neuer Europäischer Berufsausweis in Kraft getreten

Arbeitnehmer können seit dem 18.01.2016 den Europäischen Berufsausweis (EBA) nutzen. Der Ausweis soll die Anerkennung von Berufsqualifikationen zwischen den Mitgliedstaaten erleichtern. Er steht zunächst nur Arbeitnehmern aus den Bereichen Pflege, Pharmazie, Physiotherapie und Immobilien zur Verfügung. Der EBA soll laut Kommission benutzerfreundlicher sein als traditionelle Anerkennungsverfahren.

[http://ec.europa.eu/growth/tools-data-bases/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item\\_id=8627&lang=de](http://ec.europa.eu/growth/tools-data-bases/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=8627&lang=de)



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## Europäische Zentralbank

### Zinssatz bleibt auf niedrigem Niveau

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat auf ihrer Ratssitzung am 21.01.2016 angekündigt, dass die Zinssätze unverändert bleiben und absehbar über einen längeren Zeitraum hinaus auf niedrigem bzw. im Falle des Einlagenzinses sogar negativem Niveau verharren könnten. Parallel hierzu werde der Aufkauf von Staatsanleihen im Rahmen des Quantitative Easing, der bereits positive Auswirkungen auf die Kreditvergabe für Unternehmen und Haushalte gehabt hätte, fortgesetzt. Bisher seien Anleihen im Umfang von 515 Mrd. EUR aufgekauft worden.

Aufgrund der anhaltend niedrigen Inflation, dramatisch fallenden Rohstoffpreisen und der Unsicherheit in den Schwellenländern bzw. allgemeinen geopolitischen Risiken werde die EZB auf ihrer nächsten Ratssitzung im März neu bewerten, ob die bestehenden Maßnahmen und Instrumente ausgeweitet werden müssten. Zu diesem Zeitpunkt werden auch aktuelle Prognosen und Projektionen bis ins Jahr 2018 der volkswirtschaftlichen Abteilung der EZB vorliegen.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2016/html/is160121.en.html>

### Auswahl und Redaktion:



### Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und  
OV Neu-Isenburg

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg  
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

